

sie auf die Waren schlagen müssen, und insofern ist der kleinere Geschäftsmann wieder konkurrenzfähiger.

Das grosse Publikum läuft jedoch in seiner Blindheit in Menge in die Warenhäuser und glaubt, dort alles halb geschenkt zu bekommen, während es in Wirklichkeit gute Waren teurer bezahlen muss als in Spezialgeschäften. Vor allen Dingen sind es die grossen Warenhauspaläste, Personal, Licht, Feuerung und grosse Reklame, die ungeheuere Summen verschlingen. Der Leiter eines solchen Riesengeschäftes muss vor allem sehen, wie er bei dem grossen Publikum den Glauben erwecken kann, dass das Warenhaus die Quelle eines besonders billigen Einkaufes sei, und zu diesem Zwecke werden eine Anzahl Artikel, sogen. Lockartikel, zum und unter dem Einkaufspreis verkauft. Dass durch diesen Ausfall viele andere Artikel mit angemessenem Nutzen und viele weit teurer als in einem Spezialgeschäft — beispielsweise bessere Manufaktur-, Glas-, Porzellan- und sonstige Luxuswaren — verkauft werden müssen, leuchtet doch wohl jedem ein und ist auch schon wiederholt bewiesen worden.

Wenn man der Sache auf den Grund gehen würde, wäre die Angabe der Warenhäuser, dass das Volk durch die Warenhäuser eine billige Einkaufsgelegenheit hätte und dadurch der Volkswohlstand gehoben würde, eine durchaus haltlose Behauptung. Wohl aber sollte die Regierung berücksichtigen, dass durch die Warenhäuser der Luxus und die Habsucht des sogen. kleinen Mannes sehr gefördert, die allgemeine Unzufriedenheit jedoch nicht gehoben wird. Durch die ungemein blendenden Auslagen in den Warenhäusern wird das Verlangen, hauptsächlich der Frauen, geweckt, sich in den Besitz solcher Herrlichkeiten zu setzen, und es werden keine Mittel und Wege, sogar mitunter keine unlauteeren, gescheut, dieses Ziel zu erreichen.

Da nun der grossen Menge des Volkes kein Vorteil aus der Existenz der Warenhäuser erwächst, vielmehr nur ein ganz kleiner Kreis von Personen davon Nutzen hat, und zwar die Geldgeber, die Hauptleiter der Geschäfte, sowie vielleicht die Erbauer der Riesenpaläste — denn die weiteren Angestellten können hierzu nicht gerechnet werden, da sie bei der Aufhebung der Warenhäuser ihre eigene Existenz hätten oder in kleineren Geschäften dann lohnende Stellung fänden —, so wäre es doch wohl Pflicht der Regierung, die selbständigen Detailgeschäfte und Handwerker, die einen sehr grossen Teil des Mittelstandes bilden, zu schützen und dieses durch das Inkrafttreten des neuen Gesetzes zu tun.

Sehen wir uns nun einmal die Lage der Angestellten und ihre Zukunft an, so bietet sich uns in jeder Hinsicht ein äusserst düsteres Bild. Augenblicklich stehen wir in der Zeit der Entwicklung der Warenhäuser, und es ist noch nichts zu merken, wie sich die Zukunft der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen gestalten wird.

Man kann doch wohl sagen, dass die Warenhäuser sich erst hauptsächlich in den letzten 5 Jahren solcher gewaltigen Entwicklung zu erfreuen haben, und es erstehen hier und da neue derartige Geschäfte, die junge Leute, die bereits in Warenhäusern Stellung hatten, mit besserem Gehalt anstellen, so dass heute noch die Angestellten mit zunehmendem Alter auch bessere Stellen bekommen können. Es wird aber einmal die Zeit kommen — vorausgesetzt, dass sich die Warenhäuser so weiter entwickeln wie bisher —, dass die Gehilfen keine Stellen mit höherem Gehalt bekommen können, denn der Andrang der jungen Leute zu den Warenhäusern wird bei weiterer Verdrängung der selbständigen kleinen Geschäfte ganz gewaltig werden, und es ist klar, dass die Leiter der Geschäfte die Gehälter der Angestellten nicht fortlaufend, und zwar so erhöhen können, dass sich die jungen Leute einen Hausstand gründen können. Wie wird es da vielleicht schon in 5 bis 10 Jahren unter den Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen aussehen? Allgemeine Unzufriedenheit wird dann Platz greifen und die Sozialdemokratie wird ungeheueren Zuzug haben. Ist nicht schon heute die zunehmende Unzufriedenheit der Handlungsgehilfen zu spüren?

Vor noch nicht gar zu langer Zeit waren diese Verhältnisse weit besser. Da sah der Handlungsgehilfe die Zeit seiner Abhängigkeit nur als ein Uebergangsstadium an, da wurden die Interessen des Prinzipals in weit höherem Masse gewahrt als

es jetzt ist; sie waren auch viel zufriedener und anspruchsloser. Heute können die Angestellten vielfach nur als Arbeitsmaschinen betrachtet werden. Früher strebte der junge Kaufmann danach, mit 25 bis 30 Jahren oder auch später sich selbst eine Existenz zu gründen; er heiratete und hatte bei einigem Fleiss sein gutes Auskommen, er war ein zufriedener Staatsbürger und Anhänger der ordnungsliebenden Parteien. Heute bei der grossen Konkurrenz ist eine gesicherte Zukunft der Handel- und Gewerbetreibenden sehr in Frage gestellt. Gegen solche Konkurrenz helfen alle Fortbildungsschulen und die sonst dem Mittelstande von seinen sosen. Freunden angeratenen Mittel nichts.

Wie wird es nun in der Zukunft? Rechnen wir, dass eines der grossen Warenhäuser im Jahre 5 000 000 Mk. umsetzt, so werden dadurch etwa 150 lebensfähige Geschäfte mit einem durchschnittlichen Umsatze von je etwa 30 000 bis 35 000 Mk. verdrängt. Diese Geschäfte beschäftigen je einen Kommiss und einen Lehrling, also 300 Angestellte, ausserdem befindet sich wohl in jedem Hause ein Dienstmädchen, so dass die Gesamtzahl der von diesen Geschäften lebenden Personen inkl. des Geschäftsinhabers und dessen Frau, sich auf je fünf Personen, zusammen auf 750 Personen beläuft, die in geordneten Verhältnissen leben und sozusagen eine Familie bilden.

In dem betreffenden Warenhause werden vielleicht 500 Personen, darunter 250 männliche und 250 weibliche, beschäftigt. Von den 250 Handlungsgehilfen kommt vielleicht niemals die Hälfte in die Lage, sich einen eigenen Herd gründen zu können, sie bleiben unverheiratet, und durch die Zunahme der Warenhäuser und Abnahme der kleinen selbständigen Existenzen wird das Abnehmen der Eheschliessungen eine sichere Folge sein und für viele das schöne Wort: „Eigener Herd ist Goldeswert“ eine Illusion bleiben. Sollte es nicht der Regierung zu denken geben, dass durch das Verschwinden des geschäftlichen Mittelstandes und Vernichtung der selbständigen Existenzen die Frauenfrage immer bedenklicher wird? Denn kein Warenhaus, sei es wo es sei, ist in der Lage, alle seine Angestellten so auskömmlich besolden zu können, dass die Mehrzahl heiraten kann. Es ist doch wohl ohne Zweifel richtig, dass es dem Staate nur dienlich sein kann, wenn möglichst viele seiner Bürger im Mannesalter im stande sind, sich einen Hausstand gründen zu können.

In welcher Weise dies auf Sittlichkeit, Religion u. s. w. — alles Punkte, die die Hauptpfeiler eines gesunden Staatswesens sind — Einfluss hat, kann sich wohl jeder selbst sagen. Was nun die weiblichen Angestellten anbetrifft, so ist es ja bekannt, dass die überwiegende Mehrzahl ganz geringe Gehälter bezieht, wodurch sie kaum in den Stand gesetzt sind, sich ordentlich kleiden und ernähren zu können. Aus diesem Grunde ist schon so manches junge Mädchen vom Pfade der Tugend abgewichen und gefallen. Trotzdem ist der Andrang der weiblichen Personen, in den Warenhäusern Anstellung zu finden, bedeutend, und hierin ist wohl zum Teil der Grund der Dienstbotennot zu finden: denn Töchter der niederen Stände gehen heute am liebsten in die Fabrik als Arbeiterin oder in die Warenhäuser als Verkäuferin, weil sie dort mehr Freiheit haben und ein ungebundenes Leben führen können — Dienstmädchen möchte am liebsten keines mehr sein. Die Leiter der grossen deutschen Frauenbewegung täten wirklich gut daran, wenn sie die Entwicklung der Warenhäuser mehr beobachteten und die Parole ausgäben, dass die deutschen Frauen diese Geschäfte nicht besuchen, dadurch deren Entwicklung hemmen und dafür sorgten, dass der Vernichtung der kleinen selbständigen Geschäfte Einhalt geboten würde. Durch die Ausbreitung der Warenhäuser werden auch viele Hausbesitzer, weil ihre Läden leer stehen, in beträchtlicher Weise geschädigt, und auch ihre Steuerkraft wird dadurch wesentlich vermindert. Was dem Staate durch die Vernichtung des geschäftlichen Mittelstandes verloren geht, ist ohne Zweifel enorm, denn, um bei dem angeführten Beispiel zu bleiben, kommen bei Vernichtung von 150 kleinen Geschäften mit einem Einkommen von je 3000 bis 4000 Mk. allein an Einkommensteuer je etwa 70 Mk., zusammen also etwa 10 500 Mk., abgesehen von den Kommunalsteuern für den Staat, in Wegfall. Bei den Warenhäusern ist es dagegen in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen, dass die Inhaber nachwiesen, überhaupt keinen Reingewinn gehabt zu haben, und